



DER MINDESTLOHN KOMMT!

Der Bundestag hat am 5. Juni in erster Lesung die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beraten. Der Mindestlohn ist ein Meilenstein in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ab dem 1. Juni 2015 wird es auch in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn geben wie in der überwiegenden Mehrzahl unserer europäischen Nachbarländer.

SPD setzt ein zentrales Wahlversprechen um

- Mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro werden zum Zeitpunkt der Einführung rund vier Millionen Menschen bessere Einkommens- und Lebensbedingungen bekommen.
- Der Mindestlohn wird einheitlich in ganz Deutschland gelten.
- Die repräsentativen Tarifparteien erhalten Gelegenheit, branchenspezifisch tarifvertragliche Übergänge zu organisieren.

Der Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn fällt im europäischen Vergleich moderat aus. In den Niederlanden liegt der Mindestlohn mit 9,11 Euro und in Frankreich mit 9,53 Euro deutlich höher.

Eine aktuelle Statistik des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt, dass durch die geplante Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes schon jetzt Bewegung in den Niedriglohnsektor gekommen ist. In vielen Branchen, die für Niedriglöhne bekannt waren, sind branchenspezifische Mindestlöhne vereinbart worden. Mit Stufenanpassungen werden dort innerhalb der nächsten zwei Jahre 8,50 Euro oder höhere Mindestlöhne erreicht, beispielsweise im Frisörgewerbe und in der Fleischindustrie.

Die bereits in 14 Branchen bestehenden tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne sind im Auftrag der Bundesregierung evaluiert worden. Im Ergebnis sind keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesen Branchen festgestellt worden. Auch international ist keine Studie bekannt, die negative Beschäftigungseffekte eines Mindestlohnes belegen würde.

Wir stärken die Tarifautonomie

Neben der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes sorgen wir auch dafür, dass wieder mehr Menschen von guten Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren können. Beschäftigte in einem tarifgebundenen Betrieb haben bessere Arbeitsbedingungen. Wir verbessern deshalb die Möglichkeiten, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären. Damit wollen wir der Entwicklung entgegenwirken, dass immer mehr Beschäftigte in tariffreien Bereichen arbeiten müssen. Tariffucht darf sich nicht lohnen. Die SPD stärkt also unser bewährtes Tarifvertragssystem, das wesentlicher Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft ist.

Die SPD steht für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Die SPD ist die Partei der Arbeit.